

# Migration, AfD usw - ausgelagert aus Abschiebungsthread in allgemein

Beitrag von „Lindbergh“ vom 16. August 2017 23:28

Wenn in einem Land ein breites politisches Spektrum gewünscht ist, muss es natürlich links, neutral und rechts geben. Dabei muss ein Vertreter des linken Spektrums die vorgetragenen Inhalte von rechts natürlich nicht gut heißen, aber zumindest im Sinne einer Meinungsfreiheit akzeptieren. Dasselbe gilt natürlich auch in die andere Richtung. Im Falle beider Extreme, sowohl linken als auch rechten Extremismus, muss man anschauen, inwieweit eine Verfassungsvereinbarkeit besteht. Die AfD gibt offen zu, dass sie eine rechte Partei ist, und dabei haben viele Menschen Vorbehalte, weil sie "rechts" sofort mit "rechtsextrem" assoziieren und das dürfe ja aufgrund der deutschen Vergangenheit nicht sein. Die CDU galt lange als konservative Partei und konservativ bedeutet im politischen Spektrum rechts. Bis dahin kein Problem, wenn die CDU nicht in den letzten paar Jahren stark nach links abgedriftet wäre. Dadurch fehlt natürlich eine Partei, die konservativere und rechte Wertevorstellungen vertritt und das hat letztendlich die AfD übernommen, mit dem Unterschied, dass viele der Inhalte unter der CDU akzeptiert worden wären und man bei der AfD denkt, dass die Partei bei zu viel Macht sofort irgendwelche Menschen in Gaskammern steckt .

Die 50-80% kann ich mir recht gut erklären. Zum einen, weil insbesondere die linken Vertreter, die am lautesten schreien (und damit im Rahmen ihres Spektrums ein genau so tolles Negativbild abgeben wie das rechte Pendant), sehr gerne anderen Menschen ein schlechtes Gewissen einreden, wenn diese nicht dieselben Meinungen vertreten (Themen gibt es ja viele: Gender, LGBT, Veganismus, Feminismus, Inklusion,...), statt sich "mein Bier, dein Bier" zu denken. Auch unter Jugendlichen gibt es solche, die konservativere politische Themen durchaus gut finden, aber Angst haben, zu diesen öffentlich zu stehen, ohne hierfür stigmatisiert oder berufliche Nachteile riskieren zu müssen. Und in dem Fall bietet die Stimmabgabe bei der Wahl eine Möglichkeit, am Ende doch seine Meinung kundzutun. Zum anderen ist es zwar nicht so, dass es nur in NRW soziale Brennpunkte gibt, hier findet man sie bedingt durch die hohe Anzahl an Großstädten besonders konzentriert. Seien es Duisburg-Hochfeld, Köln-Chorweiler oder Dortmund-Nordstadt: Viele dieser Brennpunkte sind auch aufgrund politischen Versagens zu dem geworden was sie heute sind. Da ist es natürlich verständlich, dass man sich durch einen politischen Machtwechsel eine Verbesserung der Lebensverhältnisse vor Ort erhofft, wenn es die Etablierten bislang nicht schafften.